

Pressemitteilung, Sitzung vom 29.05.2017

Kreissenorenrat des Landkreises Rottweil

Der zunehmende Pflegekräftemangel bereitet den Vorstands- und Ausschussmitgliedern des Kreissenorenrats Rottweil große Sorgen. Wie Dieter Gaus als Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Rottweil bei der vergangenen Sitzung aufzeigte, gibt es immer mehr Pflegeeinrichtungen, die aufgrund fehlender Pflegekräfte keine "Neukunden" mehr aufnehmen können.

Julika Schoch, beim Landratsamt auch für die Altenfachberatung zuständig, informierte Vorstand und Ausschuss, wie weit die Neugestaltung des Internetauftritts des Kreissenorenrats gediehen ist. "Mein Budget liegt bei 7000 Euro. Ich habe vier regionale Anbieter angeschrieben. Von drei Anbietern habe ich Rückmeldungen erhalten". Nun müssten die Angebote nach diversen Kriterien verglichen werden, so die Frage der Kosten und der Sicherheit sowie der Pflege der Homepage. In den kommenden Wochen werde die Entscheidung fallen. Schoch bat darum, dass sich ein Arbeitskreis der Kreissenorenrats damit befasse, wie der Auftritt gegliedert und welche Inhalte enthalten sein sollten. Sie geht davon aus, dass "sie den neuen Internetauftritt des Kreissenorenrats im Herbst auf dem Bildschirm anschauen können". Weiter gab Schoch bekannt, dass sie wegen der Umsetzung des Kreissenorenplans hinsichtlich der "Kümmerer-Stelle" mit den Kommunen im Kreis Kontakt aufgenommen habe. Von sieben Kommunen habe sie Rückmeldung bekommen. Böisingen/Herrenzimmern bezeuge Interesse daran, eventuell eine solche Stelle zu installieren. Deißlingen habe schon eine Kümmerin. Dietingen sehe keinen Bedarf, auch Rottweil halte sich diesbezüglich eher bedeckt. Sulz habe zwar grundsätzlich großes Interesse, sehe den Aufgabenbereich eines Kümmerers bereits durch Hans-Ulrich Händel, den

Beauftragten für Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung, weitgehend abgedeckt. Villingendorf und Zimmern würden ebenfalls Interesse an einer Kümmerer-Stelle bekunden.

Johannes Jäger zeigte am Beispiel von Rottweil auf, wo in der Stadtverwaltung bereits gewisse Strukturen bezüglich der Seniorenarbeit existierten, dass manchmal nicht zwingend eine Kümmerer-Stelle geboten sei, um die Vorgaben des Kreissenorenplans verwaltungstechnisch zu erfüllen. Matthias Kohlhase bemängelte, dass manche Kommunen es nicht einmal für nötig hielten, zu antworten. "Eine Antwort kann man auf jeden Fall schreiben." Dieter Gaus zog Parallelen zum Jugendhilfeplan und wies auf Oberndorf hin, wo viele Mittel in die Jugendarbeit flössen. Die Wertigkeit der Altenhilfe müsse jetzt anerkannt werden. Karl Roth meinte, dass ein erhöhter Druck auf die Kommunen nichts bringe. Der Vorsitzende appellierte an die Vorstands- und Ausschussmitglieder, bei den Verwaltungen und Gemeinderäten ihrer jeweiligen Kommune für das Informationsangebot des Kreissenorenrats zum Kreissenorenplan zu werben. Für Egon Kalbacher, den zweiten Vorsitzenden des Kreissenorenrats, muss darauf hingearbeitet und deutlich gemacht werden, dass Seniorenräte und -foren lebensbejahende Institutionen für Senioren sind.

Gaus ging auf die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes II und hierbei vor allem auf die wachsende Kluft zwischen der Zahl von ausgebildeten Kräften im Pflegedienst und der stetig zunehmenden Zahl von Pflegebedürftigen ein. Laut den Prognosen des Gesundheitsministeriums müsse man im Jahr 2025 mit einem Fehlbedarf von rund 200 000 Pflegekräften rechnen. Die bedenkliche Entwicklung, dass zunehmend Pflegeeinrichtungen keine neuen Pflegebedürftigen mehr aufnehmen könnten, weil sie nach dem Schlüssel des neuen Pflegestärkungsgesetzes II dafür zu wenig Pflegekräfte zur Verfügung hätten und auf dem Arbeitsmarkt keine mehr zu bekommen wären. Die Fluktuation sei bei Pfl-

gekräften besonders stark ausgeprägt. Oft würden examinierte Pflegekräfte nach einer hochqualifizierten Ausbildung gerade einmal vier Jahre in ihrem Beruf arbeiten, um dann auszusteigen. Die Attraktivität dieses Berufs sei, was die allgemeine Wertschätzung und die Entlohnung betreffe, nicht sehr hoch. "Dieses Problem macht uns große Sorgen. Mehr Wertschätzung heißt auch mehr Wert und damit mehr Geld für diese Leistung", betonte Halusa. Es bestehe derzeit keine gesellschaftliche Übereinkunft, dass die pflegerische Dienstleistung endlich auch entsprechend gewürdigt und anerkannt werde. Zudem behinderten auch bürokratische Hemmnisse die Pflege insgesamt. Um die Situation im Landkreis Rottweil genau einschätzen zu können, benötige man aber jetzt die entsprechenden Rückmeldungen über die jeweilige Entwicklung vor Ort in den Kommunen, wandten sich Halusa und Gaus an die Vorstands- und Ausschussmitglieder.